



## ANTRAG

### auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR), Teil: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Investitionsbank des Landes Brandenburg  
Referat Existenzgründung  
Postfach 60 08 07  
14408 Potsdam

Eingangsstempel der  
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Hinweis zum Verfahren: Gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR) muss vor Antragstellung eine Pflichtberatung bei der jeweils für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes, in dem der Antragsteller seinen Sitz und/oder seine Betriebsstätte hat, wahrgenommen werden.

## 1 Angaben zum Antragsteller

### 1.1 Name/Unternehmensbezeichnung

Hinweis: Als Gründungsdatum gilt das Datum des Beginns der angemeldeten Tätigkeit gemäß Gewerbeanmeldung oder entsprechend der Rechtsform das Datum der Eintragung in das Handelsregister oder das Datum des Beginns der freiberuflichen Tätigkeit (Beantragung einer Steuernummer beim Finanzamt).

\_\_\_\_\_  
Name/Unternehmensbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Gründungsdatum/Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Rechtsform

Angabe erforderlich für natürliche Personen (inklusive Einzelunternehmer und Freiberufler)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Steuer-Identifikationsnummer 11-stellig

Angabe erforderlich für juristische Personen und Personengesellschaften sowie natürliche Personen, die keine Steuer-Identifikationsnummer besitzen.

				/						/										
--	--	--	--	---	--	--	--	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Steuernummer

## 1.2 Hauptsitz

_____		_____
Land		Bundesland
_____		_____
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
_____		_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse
_____		
Homepage (URL)		

## 1.3 Betriebsstätte (nur ausfüllen, falls die Anschrift nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

Hinweis: Eine Betriebsstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient (siehe § 12 Abgabenordnung (AO)).

_____		_____
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
_____		_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

## 1.4 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____		_____	_____
Name		Vorname	Akademischer Titel
_____			
Funktion			
_____		_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____		_____	_____
Name		Vorname	Akademischer Titel
_____			
Funktion			
_____		_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____		_____	_____
Name		Vorname	Akademischer Titel
_____			
Funktion			
_____		_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

### 1.5 Bevollmächtigte(r)

kein(e) Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

### Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.  
Den Vordruck finden Sie auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de).

### 1.6 Ansprechpartner(in)/Projektleiter(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

### 1.7 Branche

Hinweis: Bitte geben Sie die genaue Bezeichnung der Branche bzw. Art der Tätigkeit und den fünfstelligen Branchenschlüssel (Kode) der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes an. Die Art der Tätigkeit richtet sich nach der Haupttätigkeit. Die Haupttätigkeit ist die Tätigkeit, die den größten Beitrag zur Wertschöpfung leistet. Beachten Sie bitte die in Nummer 8.2.4.1 der Richtlinie genannten ausgeschlossenen Branchen.

_____	_____
Art der gewerblichen Tätigkeit	Branchenschlüssel

### 1.8 KMU-Eigenschaft

Hinweis: Antragsberechtigt sind nur Unternehmen (unabhängig von ihrer Rechtsform) bzw. juristische Personen, die die EU-Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen erfüllen.

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU).

ja (Das Formular "Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung)" einschließlich Firmenorganigramm ist als Anlage beizufügen.)

Das Merkblatt "KMU-Definition der EU" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

## 1.9 Unternehmen in Schwierigkeiten

Hinweis: Von der Gewährung einer Zuwendung sind "Unternehmen in Schwierigkeiten" ausgeschlossen.

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein "Unternehmen in Schwierigkeiten".

nein

Das Merkblatt "Unternehmen in Schwierigkeiten" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

## 1.10 "De-minimis"-Beihilfen

Der Antragsteller und ggf. mit ihm verbundene Unternehmen ("einziges Unternehmen") hat weitere "De-minimis"-Beihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren "De-minimis"-Beihilfen erhalten.

ja (Das Formular „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen" ist als Anlage beizufügen.)

nein

Das Merkblatt "De-minimis-Regel" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

## 1.11 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

ja (Bezeichnung des Systems: \_\_\_\_\_)

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

ja

nein

nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

## 2 Angaben zur Maßnahme

### 2.1 Art der Maßnahme

Neuansiedlung

Gründung

Erweiterung

Sicherung (einschließlich Unternehmensnachfolge)/Modernisierung

Es handelt sich um

Investition(en) in eine Betriebsstätte<sup>1</sup>

Investition(en) in Betriebsausstattung(en)

Investition(en) in eine Betriebsstätte und -ausstattung(en)

---

<sup>1</sup> Zu Investition(en) in eine Betriebsstätte zählen bauliche Investitionen.

Gegenstand der Förderung ist/sind

- Investition(en) zur Errichtung, Erweiterung, Umstellung, Rationalisierung bzw. Modernisierung einer Betriebsstätte
- Verlagerung oder Ansiedlung eines Unternehmens
- sonstige(s) Investitionsvorhaben mit besonderem stadtentwicklungspolitischem Interesse
- Ansiedlung und Verlagerung eines Betriebes in Gründer-, Handwerker-, Kreativ, Innovations-, Gewerbe- und Gesundheitszentren
- Investition(en) bezüglich lokaler oder umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen
- Unternehmensnachfolge oder Unternehmenssicherung
- Existenzgründung
- Schaffung von Barrierefreiheit
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

## 2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung

Hinweis: Bitte geben Sie für die vorgesehene Maßnahme den fünfstelligen Branchenschlüssel (Kode) der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes an.

Branchenschlüssel

## 2.3 Maßnahmeort

Hinweis: Bitte beachten Sie die Nummern 2.8 und 2.9 dieses Antragsformulars.

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Land

Bundesland

Hinweis: Die Gemeindegennziffer bzw. den Gemeindegenschlüssel finden Sie unter [service.brandenburg.de](http://service.brandenburg.de) Rubrik Kommunen.

Gemeindegennziffer

## 2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Hinweis: Mit der Maßnahme darf nicht begonnen werden, bevor die Bewilligung der Zuwendung erfolgt ist. Eine Ausnahme hierzu (vorzeitiger Beginn der Maßnahme) muss beantragt und durch die ILB genehmigt werden.

Tag		Monat		Jahr	

*Beginn Durchführungszeitraum*

Tag		Monat		Jahr	

*Ende Durchführungszeitraum*

### Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Es wird die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme beantragt.

- ja (Der Antrag ist nachfolgend zu begründen.)  
 nein

Begründung:

### 2.5 Maßnahmebeschreibung

Für die Beschreibung der Maßnahme verwenden Sie bitte das Formular "Beschreibung und Begründung der Maßnahme".

### 2.6 Geplante Informations- und Kommunikationsmaßnahmen

Bitte beschreiben Sie die im Rahmen der Durchführung der Maßnahme geplanten Informations- und Kommunikationsmaßnahmen.

Das Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

### 2.7 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?<sup>2</sup>

- ja  
 nein

<sup>2</sup> Lieferungen und Leistungen, die von verflochtenen Dritten erbracht werden, sind nicht zuwendungsfähig. Dies gilt grundsätzlich im Falle des Erwerbs von immateriellen Wirtschaftsgütern und gebrauchten Wirtschaftsgütern. Der Grunderwerb von verflochtenen Dritten ist ebenfalls grundsätzlich nicht zuwendungsfähig.

Andere Lieferungen und Leistungen, die von verflochtenen Dritten erbracht werden und zulässigerweise nicht im Rahmen einer öffentlichen bzw. offenen Vergabe oder eines Verhandlungsverfahrens vergeben wurden, sind im Rahmen der marktüblichen Preise grundsätzlich in Höhe der Selbstkostenpreise (ohne Gewinnaufschläge) zuwendungsfähig. Sofern es sich ausschließlich um eine Lieferleistung handelt, sind anstelle der Selbstkostenpreise grundsätzlich die Einstandspreise (ohne Gewinnaufschläge) anrechenbar. Die Ermittlung der Selbstkosten- bzw. Einstandspreise muss auf nachvollziehbaren Kalkulationen und/oder Rechnungen bzw. gleichwertigen Belegen beruhen.

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt "KMU-Definition der EU" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

## 2.8 Zuordnung Lead-Partner der Strategie

Hinweis: Die Antragstellung ist nur möglich, sofern die Förderung von KMU Bestandteil einer im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbs (SUW) bestätigten Strategie ist.

Wählen Sie bitte den Lead-Partner der Stadt-Umland-Wettbewerb - Strategie aus.

- |  |   |                                       |
|--|---|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Bernau bei Berlin | <input type="checkbox"/> Frankfurt (Oder)   | <input type="checkbox"/> Oranienburg  |
| <input type="checkbox"/> Cottbus           | <input type="checkbox"/> Fürstenwalde/Spree | <input type="checkbox"/> Pritzwalk    |
| <input type="checkbox"/> Eberswalde        | <input type="checkbox"/> Gransee            | <input type="checkbox"/> Schwedt/Oder |
| <input type="checkbox"/> Finsterwalde      | <input type="checkbox"/> Hennigsdorf        | <input type="checkbox"/> Wittenberge  |
| <input type="checkbox"/> Forst (Lausitz)   | <input type="checkbox"/> Neuruppin          |                                       |

## 2.9 Zuordnung Zentraler Ort

Hinweis: Die Antragstellung ist nur möglich, wenn die zu fördernde Betriebsstätte also der Maßnahmeort innerhalb der Innenstadt eines zentralen Ortes der im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbs (SUW) ausgewählten Strategie liegt.

Wählen Sie bitte den zentralen Ort aus.

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bernau bei Berlin | <input type="checkbox"/> Fürstenwalde/Spree | <input type="checkbox"/> Perleberg       |
| <input type="checkbox"/> Cottbus           | <input type="checkbox"/> Gransee, Stadt     | <input type="checkbox"/> Pritzwalk       |
| <input type="checkbox"/> Eberswalde        | <input type="checkbox"/> Guben              | <input type="checkbox"/> Schwedt/Oder    |
| <input type="checkbox"/> Eisenhüttenstadt  | <input type="checkbox"/> Hennigsdorf        | <input type="checkbox"/> Wittenberge     |
| <input type="checkbox"/> Finsterwalde      | <input type="checkbox"/> Neuruppin          | <input type="checkbox"/> Wittstock/Dosse |
| <input type="checkbox"/> Forst (Lausitz)   | <input type="checkbox"/> Oranienburg        | <input type="checkbox"/> Zehdenick       |
| <input type="checkbox"/> Frankfurt (Oder)  |   |  |

## 2.10 Pflichtberatung

Eine Pflichtberatung bei der jeweils für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes, in dem der Antragsteller seinen Sitz und/oder seine Betriebsstätte hat, wurde wahrgenommen.

- ja (Das Formular "Bestätigung der für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes" ist als Anlage beizufügen.)

## 2.11 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Hinweis: Eine Förderung ist nicht möglich, wenn für dieselbe Maßnahme bereits andere öffentliche und/oder beihilferelevante Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Brandenburg oder des zentralen Ortes gewährt werden. Eine Ausnahme hiervon sind beihilfefreie Produkte öffentlicher Förderinstitute wie etwa der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)
- nein

## 2.12 Rückforderungsansprüche wegen Produktionsverlagerung

Hinweis: Die Gewährung einer Zuwendung ist nicht möglich, wenn die Maßnahme Aktivitäten beinhaltet, für die Rückforderungsansprüche bzgl. EU-Mitteln eingeleitet wurden oder werden.

Die Maßnahme beinhaltet Aktivitäten, für die infolge einer Tätigkeits- oder Produktionsverlagerung außerhalb des Landes Brandenburg Rückforderungsansprüche bzgl. EU-Mitteln eingeleitet wurden oder werden.

nein

## 2.13 Ausgaben

Hinweis: Bitte übersetzen Sie die zur Gewährung einer Zuwendung beantragten Ausgaben durch maßnahmebezogene Ausgabenschätzung(en)/Angebot(e) bzw. bei baulichen Investitionen Ausgabeberechnung(en).

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)

nein

teilweise

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Maschinen			
Einrichtungen			
Gebrauchte Wirtschaftsgüter <sup>3</sup>			
Immaterielle Wirtschaftsgüter <sup>4</sup>			
Bauliche Investitionen, davon			
KGR 200 - Herrichten und Erschließen			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenanlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke			
KGR 700 - Baunebenkosten			
Grunderwerb <sup>5</sup>			
Sonstige			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtausgaben</b>			

<sup>3</sup> Eine Förderung kommt in Betracht, wenn die Anschaffung maßnahmebedingt unmittelbar ist oder es sich um den Erwerb einer stillgelegten bzw. von Stilllegung betroffenen Betriebsstätte handelt.

<sup>4</sup> Eine Förderung kommt in Betracht, wenn die Anschaffung im Zusammenhang mit der/den zuwendungsfähigen Investition/-en steht. Der Ausgabenansatz darf nicht mehr als 25 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Immaterielle Wirtschaftsgüter müssen aktivierungsfähig sein.

<sup>5</sup> Eine Förderung kommt in Betracht, wenn der Erwerb maßnahmebedingt unvermeidbar ist oder es sich um eine stillgelegte oder von Stilllegung betroffene Betriebsstätte handelt. Die Ausgaben für Grunderwerb dürfen nicht mehr als 10 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für die Maßnahme betragen.

## 2.14 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen. Bitte weisen Sie die Finanzierung der Maßnahme durch Einreichung geeigneter Unterlagen, gegebenenfalls eine Bestätigung der Hausbank nach.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungs- fähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss <sup>6</sup>		<del>                    </del>	
Fremdfinanzierung(en), davon			
Hausbankdarlehen			
verfügbare Kontokorrentlinie(n)			
Gesellschafterdarlehen			
Sonstiges (private Finanzierung) <sup>7</sup>			
Sonstiges (öffentliche Finanzierung) <sup>8</sup>			
Eigenmittel			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtfinanzierung</b>			

## 2.15 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss <sup>9</sup>	

<sup>6</sup> Der Zuschuss ergibt sich aus den zuwendungsfähigen Ausgaben multipliziert mit dem Fördersatz. Dieser beträgt 50 Prozent.

<sup>7</sup> Zu Sonstiges (private Finanzierung) gehören finanzielle Mittel, die aus privaten Finanzierungsquellen stammen wie etwa Bankkredite, Unternehmenskredite, Familienkredite und Kredite von Privatpersonen.

<sup>8</sup> Zu Sonstiges (öffentliche Finanzierung) gehören finanzielle öffentliche Mittel aus beihilfefreien Produkten öffentlicher Förderinstitute wie etwa beihilfefreie Produkte der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

<sup>9</sup> Der Zuschuss ergibt sich aus den zuwendungsfähigen Ausgaben multipliziert mit dem Fördersatz. Dieser beträgt 50 Prozent. Der beantragte Zuschussbetrag soll mit dem Zuschussbetrag gemäß Nummer 2.14 Finanzierung übereinstimmen.

### 3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken  bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Erlass des Zuwendungsbescheides durch die ILB mit der Maßnahme begonnen wird.

(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

- 3.3 ihm bekannt ist, dass

– die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.

- 3.4 keine Ausgaben für Ersatzbeschaffungen zum Ansatz gebracht wurden und werden.

- 3.5 ohne die Gewährung einer Zuwendung die Maßnahme nicht bzw. nicht im geplanten Umfang durchführbar ist.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.5.

- 3.6  Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.7 ihm bekannt ist, dass

sich an der beantragten Finanzierungshilfe der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Fall die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 in der jeweils gültigen Fassung Anwendung finden.

- 3.8 ihm bekannt ist, dass im Falle der Gewährung einer Zuwendung folgende Daten der Maßnahme auf der Website [efre.brandenburg.de](http://efre.brandenburg.de) veröffentlicht werden:

- a) Name des Begünstigten (ausgeschlossen: natürliche Personen, die nicht wirtschaftlich tätig sind)
- b) Bezeichnung der Maßnahme
- c) Zusammenfassung der Maßnahme
- d) Datum des Beginns der Maßnahme
- e) Datum des Endes der Maßnahme (voraussichtliches Datum des Abschlusses der konkreten Arbeiten oder der vollständigen Durchführung der Maßnahme)
- f) Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben der Maßnahme
- g) Kofinanzierungssatz der Europäischen Union pro Prioritätsachse des jeweiligen Operationellen Programms des Landes Brandenburg
- h) Postleitzahl der Maßnahme oder andere angemessene Standortindikatoren
- i) Land
- j) Bezeichnung der Interventionskategorie für die Maßnahme.

Zusätzlich werden für die Vorstellung von Förderbeispielen der Gesamtbetrag der Ausgaben sowie die Höhe der Zuwendung und davon die Höhe der Kofinanzierung der EU veröffentlicht.

3.9 ihm bekannt ist, dass im Falle einer Gewährung einer Zuwendung besondere Informations- und Kommunikationsvorschriften einzuhalten sind. Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" wurde zur Kenntnis genommen.

3.10 im Falle der Gewährung einer Zuwendung die Querschnittsziele

- "Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung" und
- "Nachhaltige Entwicklung"

Berücksichtigung finden.

Die auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbaren Merkblätter "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014-2020" und "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Nachhaltige Entwicklung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014 - 2020" wurden zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.7 bis 3.10.

3.11  Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-EU) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

#### 4 **Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter [www.ilb.de/datenschutz](http://www.ilb.de/datenschutz) zum Download zur Verfügung.

**Direktlink Informationsblatt Datenschutz:** <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

#### 5 **Hinweis zur Meldepflicht**

Die ILB ist gesetzlich verpflichtet, zur Sicherstellung der Besteuerung den Finanzbehörden die an Sie geleisteten Zahlungen mitzuteilen.

Hierzu übermitteln wir: Name, Anschrift, Geburtsdatum (bei natürlichen Personen), Steuer- bzw. Steueridentifikationsnummer, Datum und Höhe der Zahlung.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en) des Antragstellers/ Stempel

\_\_\_\_\_  
Name(n) in Druckbuchstaben

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

### aus dem Programm Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR), Teil: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

#### Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch ☒ zu kennzeichnen.)

#### **Unterlagen zum Antragsteller**

- Gewerbeanmeldung (Kopie)<sup>10</sup>
- Vollständiger Handelsregisterauszug nicht älter als 6 Monate (Kopie)<sup>10</sup>
- Gesellschaftsvertrag (Kopie)<sup>10</sup>
- Kopie des Antrages auf eine Steuernummer beim Finanzamt<sup>10</sup>
- Vollmacht (mehrere Bevollmächtigte) oder Einzelvollmacht
- Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung) (ILB-Formular)
- Firmenorganigramm
- Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen (ILB-Formular)

#### **Unterlagen zur Maßnahme**

- Nachweis der zu fördernden Betriebsstätte wie Kopie des Grundbuchauszuges, Auszug aus der Flurkarte, Mietvertrag, Mietvertragsentwurf o. Ä.
- Formular "Beschreibung und Begründung der Maßnahme"
- Formular "Bestätigung der für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes"
- Bescheinigung zur (gegebenenfalls teilweisen) Befreiung vom Vorsteuerabzug<sup>11</sup>
- Formular "Investitionsgüterliste"
- Ausgabenschätzung(en)/Angebotskopie(n) in Kopie
- Ausgabenberechnung(en)/Kostenberechnung nach DIN 276 in Kopie<sup>12</sup>
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme inkl. deren Veranlassung und Zweck; Bauzeitenplan; Lageplan mind. im Maßstab 1:1000; Bauzeichnung; Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen<sup>12</sup>
- Formular "Ergebnis der Prüfung der beantragten Baumaßnahme/baulichen Investition durch die bautechnische Dienststelle des zentralen Ortes"<sup>13</sup>
- Bestätigung/Einwilligung des Vermieters ggf. Eigentümers<sup>14</sup>
- Formular "Erwerb immaterielles/immaterieller und/oder gebrauchtes/gebrauchter Wirtschaftsgut/Wirtschaftsgüter"
- Formular "Grundstücks- und/oder Immobilienerwerb (Grunderwerb)"
- Nachweis der Eigenmittel und ggf. Nachweis(e) der Fremdfinanzierung(en)
- Formular "Bestätigung Hausbank"
- Formular "Datenblatt zur Erhebung von Indikatoren im Rahmen des EFRE 2014-2020"

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

<sup>10</sup> Reichen Sie die Unterlage bitte entsprechend Ihrer Rechtsform ein.

<sup>11</sup> Reichen Sie die Unterlage bitte ein, sofern eine Befreiung besteht.

<sup>12</sup> Reichen Sie entspr. Dokument(e) bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition handelt.

<sup>13</sup> Reichen Sie das Dokument bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition handelt und wenn für die beantragte Baumaßnahme die Summe aller Zuwendungen mehr als 150.000 Euro beträgt.

<sup>14</sup> Reichen Sie das formlose Dokument bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition in gemieteter oder gepachteter Betriebsstätte handelt. In dem Dokument bestätigt der Vermieter ggf. Eigentümer bzw. willigt der Vermieter ggf. Eigentümer ein, dass die beantragte bauliche Investition zulässig ist.